



Nr. 3 / 2010

Liebe Leserin,
lieber Leser,

am 27. Oktober 2009 habe ich das Amt des Bundestagsabgeordneten für Bergkamen, Bönen, Fröndenberg, Holzwickede, Kamen, Schwerte und Unna angetreten. Nach 100 Tagen im Amt ist die Eingewöhnung vorüber und ich möchte Sie darüber informieren, wie ich in den nächsten vier Jahren im Deutschen Bundestag für meinen Wahlkreis arbeiten werde.

Der Fehlstart der neuen Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP hat vor allem eins schnell deutlich gemacht: für eine gerechte Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, für fair verteilte Lasten in der Gesundheitspolitik, für mehr Bildungsinvestitionen und solide Stadtfinanzen statt schwarz-gelber Klientelpolitik braucht es eine schlagkräftige SPD im Bundestag! Dieser Aufgabe möchte ich mich im Interesse meines Wahlkreises, für den ich gewählt worden bin, stellen.

Dazu benötige ich auch Ihre Unterstützung. Erzählen Sie mir von Ihren Anregungen, Problemen und Ihrer Kritik. Mir ist es wichtig Ihre Meinung mit nach Berlin zu nehmen, wenn es um die nächste politische Entscheidung geht.

Mit freundlichen Grüßen

Oliver Kaczmarek

Die Themen:

1. Meine Arbeit für den Kreis Unna in Berlin
2. Mit dem Roten Rucksack weiter im Kreis Unna unterwegs
3. Bilanz: 100 Tage Schwarz-Gelb

1. Meine Arbeit für den Kreis Unna in Berlin

Als ordentliches Mitglied wirke ich in zwei Ausschüssen des Bundestags mit.

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Der Ausschuss hat sich bislang insbesondere mit der geplanten Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke sowie der Lagerung von Atommüll und den Ergebnissen des Klimagipfels der Vereinten Nationen in Kopenhagen beschäftigt. In der SPD-Fraktion bin

ich zuständig für Themen des Naturschutzes und hier insbesondere für alle Fragen rund um Wasser.

Petitionsausschuss

Jedermann hat das Recht, sich mit Bitten und Beschwerden an den Deutschen Bundestag zu wenden (Artikel 17 des Grundgesetzes). Alle diese Anliegen werden dem Petitionsausschuss zur Prüfung und Beratung vorgelegt. Dazu werden Stellungnahmen der Bundesregierung eingeholt und Empfehlungen ausgesprochen, wie mit den Anliegen der Bürgerinnen und Bürger umzugehen ist. Als Mitglied des Petitionsausschusses erfahre ich somit immer unmittelbar, wie sich Gesetze und Verordnungen auf das Leben der Menschen konkret auswirken.

Als stellvertretendes Mitglied gehöre ich den Ausschüssen für Arbeit und Soziales sowie Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung an. Somit bin ich auch in diesen Themenbereichen stets auf dem Laufenden.

2. Mit dem Roten Rucksack weiter im Kreis Unna unterwegs

Der Rote Rucksack ist die Leitschnur für mein Handeln in Berlin. Mit ihm bin ich im Wahlkreis unterwegs, um mich darüber zu informieren, welche Themen die Menschen bewegen und was sie von ihrem Abgeordneten in Berlin erwarten. Denn sie will ich im Deutschen Bundestag vertreten. Deshalb greife ich dort auch vor allem die Themen, die mir die Menschen in meinen Rucksack für Berlin mitgeben:

"Konsequenter Einsatz für Familien" - so lautet eine der Anforderungen, die ich in meinem Wahlkreis immer wieder erfahre. Das haben wir als SPD-Bundestagsfraktion direkt aufgenommen und uns konsequent dafür eingesetzt, dass durch die Schuldenpolitik der neuen Bundesregierung nicht der planmäßige Aufbau von Betreuungsplätzen für unter 3jährige bis 2013 gefährdet werden darf. Mit einem umfassenden Paket zum Kinderschutz haben wir zudem für die bessere Vernetzung der Familien- und Jugendarbeit geworben und die Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz gefordert.

"Gute Arbeit schaffen" - Arbeit ist das Kernthema, das viele Menschen bei uns beschäftigt. Das setzt sich auch im Bundestag für mich so fort. Mit der Verlängerung der Kurzarbeiterregelung hat die Regierung eine unserer zentralen Forderungen aufgenommen. Mit der Initiative für ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz und einer gesetzlichen Regelungen zu den sog. Bagatellkündigungen hat die SPD im Bereich des Arbeitnehmerschutzes wichtige Gesetzesvorhaben in den Bundestag eingebracht.

"Beste Bildung und Chancengleichheit" - Unter dem Eindruck der Studierendenproteste hat sich der Bundestag mehrfach mit bildungspolitischen Themen beschäftigt. Als SPD-Fraktion haben wir Möglichkeiten aufgezeigt, mit denen es möglich ist, die Bildungsausgaben des Bundes sofort zu erhöhen. Die leeren Versprechungen der Kanzlerin helfen dagegen nicht weiter. Überdies werden wir einen umfassenden Vorschlag für eine Reform des BaföG vorlegen, der auch neuen Lebenslagen und veränderten Anforderungen an die Bildungsbiografie Rechnung trägt.

Roter Rucksack 2010

Auch in diesem Jahr werde ich wieder mit dem Roten Rucksack durch den Wahlkreis ziehen. Ich will Orte aufsuchen, an denen Besonderes geleistet wird, und ich will ins Gespräch kommen - und zwar mit Ihnen, den Wählerinnen und Wählern! Begleiten Sie mich auf einer meiner Wanderungen in allen sieben Städten meines Wahlkreises

Treffen Sie mich an meinem Info-Stand "MdB vor Ort" auf einem der Wochenmärkte des Kreises

Laden Sie mich in Ihren Verein ein, um über die Bundespolitik zu diskutieren, oder besuchen Sie eine der zahlreichen Veranstaltungen der SPD, auf denen ich über meine Arbeit in Berlin berichte.

3. Bilanz: 100 Tage Schwarz-Gelb

Die ersten 100 Tage der Schwarz-gelben Regierung stehen für Klientelpolitik und Chaos. Hinzu kommt eine Kanzlerin, die sich vor Entscheidungen fürchtet. Schwarz-Gelb startete mit einem Vertrauensvorschuss, der schon nach 100 Tagen aufgebraucht ist. Die Unzufriedenheit wächst. Inzwischen bescheinigt nahezu jeder zweite Deutsche der Regierung schlechte Arbeit (Politbarometer, 29.01.2010). Und es wird auch klar, woran das liegt: 70 % sagen, dass Schwarz-Gelb nicht das Gemeinwohl, sondern nur Einzelinteressen vertritt – auch eine Mehrheit der FDP-Anhänger ist dieser Meinung (64 %).

Aus meiner Sicht stehen 100 Tage Schwarz-Gelb für . . .

. . . Klientelpolitik

86 Milliarden neue Schulden sind für das Haushaltsjahr 2010 veranschlagt. Die höchste Neuverschuldung in der Geschichte der Bundesregierung. Ein Teil dieser Schulden dient zur Überbrückung der Wirtschaftskrise. Zu kritisieren ist aber, dass trotz dieser finanziellen Lage, großzügige Steuergeschenke an bestimmte Klientelgruppen verteilt werden, auf Kosten der Steuerzahler.

Die Klientelpolitik der Bundesregierung wurde Anfang des Jahres noch einmal mehr als deutlich: Zwischen Oktober 2008 und Oktober 2009 hat die Düsseldorfer Substania AG der FDP 1,1 Millionen Euro überwiesen. Hinter der Substania AG steht die Familie von Finck, Miteigentümerin der Mövenpick Hotelgruppe. Der Dank der FDP kam direkt nach der Bundestagswahl: Über 1 Milliarde Euro in Form der Absenkung des Mehrwertsteuersatzes auf Hotelübernachtungen – allerdings auf Kosten der Steuerzahler!

Wirklich überraschend ist diese Politik allerdings nicht, wenn man sich vor Augen führt, dass die Schwarz-Gelbe Regierung seit Amtsantritt Lobbyisten in die Regierung holt.

Zum Leiter seiner Grundsatzabteilung hat FDP-Minister Philipp Rösler mit Christan Weber einen führenden Lobbyisten der Privaten Krankenversicherer gemacht. Vorher hatte bereits Umweltminister Norbert Röttgen den Atomlobbyisten Gerald Hennenhöfer zum Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit ernannt.

. . . Ende des sozialen Zusammenhalts

Unsere Kommunen stehen vor dem Kollaps. Ein Rekorddefizit von 12 Milliarden Euro befürchtet der Städtetag für die deutschen Kommunen in diesem Jahr. Der dringend erforderliche Ausbau auf 750.000 Kita-Plätze ist nicht mehr gesichert. Und damit auch der gesetzliche Rechtsanspruch nicht mehr, der ab 2013 allen Eltern einen Betreuungsplatz ab dem ersten Lebensjahr ihres Kindes garantiert. Nicht weil die Kommunen das so wollten, sondern weil ihnen finanziell die Möglichkeiten fehlen, in die Zukunft zu investieren.

Schwarz-Gelb nimmt klar das Ende des sozialen Zusammenhalts in Kauf. Diese Politik zieht sich wie ein roter Faden durch das Handeln der Bundesregierung.

. . . Unsicherheit bei den Job-Centern

2007 hat das Bundesverfassungsgericht die Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen in den Jobcentern (ARGE) für grundgesetzwidrig erklärt. Eine solche Mischverwaltung sei in der föderalen Verfassung nicht vorgesehen, urteilten die Richter, und forderten die Politik auf, die Zuständigkeiten für die Auszahlung des Arbeitslosengeldes (Bund) und der Wohnkostenzuschüsse (Kommunen) neu zu regeln. Ende dieses Jahres läuft die jetzige Rechtsgrundlage aus. Wie es danach weiter gehen soll, kann die Bundesregierung nicht beantworten. Zur Erinnerung: Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, hatte sich die SPD mit allen unionsregierten Ländern und mit dem Kanzleramt auf eine Verfassungsänderung verständigt, die die Job-Center abgesichert hätte. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion aber hat diese Lösung in letzter Minute mit der Stimme von Angela Merkel torpediert.

Eine Auflösung der Job-Center mitten in die zunehmende Arbeitslosigkeit hinein würde zu Lasten der Menschen gehen, die Arbeit suchen. 6,5 Millionen Menschen in der Grundsicherung sind ebenso betroffen wie Zehntausende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ARGE. Es droht ein Verwaltungschaos. Ein zentraler Erfolg der Arbeitsmarktreformen, die Betreuung und Vermittlung aus einer Hand, steht wieder auf dem Spiel. Ursula von der Leyen ist mit ihrem Projekt einer Auflösung der Job-Center jetzt am Einspruch des Landes Hessen gescheitert. Die Bundesregierung muss jetzt zur Vernunft kommen. Die SPD bietet ihre Unterstützung für eine Änderung der Verfassung im Sinne der Betroffenen an.

. . . Gewinne für Atomkonzerne statt Sicherheit

CDU und CSU stehen ebenso wie die FDP fest an der Seite der Atom-Lobby - trotz erwiesener Störanfälligkeit und Unsicherheit gerade älterer Atom-Reaktoren. Dabei sind ihnen die Gründe für die geforderte Laufzeitverlängerung längst ausgegangen, außer: die märchenhaften Gewinne der Atomindustrie.

Zwei Drittel der Menschen in Deutschland wollen raus aus der Kernkraft. Aus gutem Grund: Sie ist gefährlich, sie ist teuer, sie ist unter Berücksichtigung der Uranförderung alles andere als CO₂-frei, sie hinterlässt vielen kommenden Generationen das ungelöste und zunehmende Problem der Endlagerung des Atommülls.

Darum hatte die SPD den Atomausstieg durchgesetzt. Denn bei sinnvoller Förderung könnten die Erneuerbaren Energien auf absehbare Zeit die Kapazitäten der Atomkraft ersetzen - die Hochrisikotechnologie Kernenergie macht weniger als drei Prozent des Weltenergieverbrauchs aus. Und es geht um zukunftsfähige Arbeitsplätze. Bereits jetzt arbeiten fast zehn Mal so viel Menschen in der Erneuerbaren-Energien-Branche als in Kernkraftwerken. Mit Potenzial für mehr.

Wir als SPD fordern:

- Die sofortige Rücknahme des Steuerprivilegs auf Hotelübernachtungen. Das spart eine Milliarde Euro, die wir für Zukunftsinvestitionen einsetzen können.
- Den Stopp der Kopfpauschale, die Sicherung unserer solidarischen Gesundheitsversorgung, die Kostenkontrolle bei Bürokratie und Arzneimittelpreisen.
- Die verfassungsrechtliche Absicherung der Job-Center. Wir sind zu zügigen Verhandlungen über eine Grundgesetzänderung bereit.

- Fortschritte bei der Einführung von Mindestlöhnen. Auch um Kosten für staatliche Lohnsubventionen zu begrenzen. Die Beschäftigten brauchen schnelle Ergebnisse für den Postmindestlohn, für den Pflegemindestlohn, für den Mindestlohn in der Leiharbeit.
- Die Absage an eine unbezahlbare Steuerreform, die mit einem Stufentarif den Ausstieg aus der Steuerprogression einleitet und Besserverdiener stark begünstigt, während viele Menschen von Steuersenkungen so gut wie gar nichts haben. Stattdessen müssen wir uns darauf konzentrieren, die Abgabenlast der unteren und mittleren Einkommen zu senken.
- Eine offene und ehrliche Debatte über die Finanzlage von Bund, Ländern und Kommunen, mit der Bereitschaft, sehr hohe Einkommen von über 125.000 Euro über einen „Bildungssoli“ und spekulative Börsengeschäfte mit einer Finanztransaktionssteuer an Zukunftsinvestitionen zu beteiligen.
- Die Steigerung der Bildungsinvestitionen um 10 Milliarden Euro jährlich. Bessere Betreuungsrelationen, Gebührenfreiheit von Kitas und Ausbau der Ganztagsbetreuung.
- Die Umsetzung des Atomkonsenses und eine Investitionsoffensive für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.
- Beherrztes Handeln bei der Regulierung der Finanzmärkte. Deutschland war 2008 und 2009 Vorreiter bei Vorschlägen für neue Regeln einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Wir haben die Agenda der G20-Beratungen bestimmt und Druck gemacht. Nach 100 Tagen Schwarz-Gelb ist Deutschland nur noch stummer Zaungast. Die USA und Großbritannien haben die Führung übernommen, wo es um die Besteuerung von Bonuszahlungen und die Beteiligung der Finanzwirtschaft an den Kosten der Krise geht.